

MEW Positionspapier zur vorgeschlagenen „Klimaabgabe“ auf Neuwagen mit Verbrennungsmotor

Wie unlängst der Presse zu entnehmen war, erwägt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz offenbar die Einführung einer so genannten „Klimaabgabe“ auf Neuzulassungen von Pkw, die durch einen Verbrennungsmotor betrieben werden. Der Verband der Mittelständischen Energiewirtschaft (MEW) vertritt als Dachverband die Interessen unabhängiger, mittelständischer Kraftstoffimporteure und -inverkehrbringer, Tanklagerbetreiber und freier Tankstellen, die von einer solchen Regelung zumindest mittelbar stark betroffen wären. Des Weiteren sind unsere Mitgliedsunternehmen nah am Verbraucher und erleben direkt alle Auswirkungen politischer Entscheidungen hinsichtlich der Fragen zur Mobilität. Deshalb möchten wir gerne bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Stellung zu den vorgebrachten Plänen beziehen.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Bevölkerung durch die immer weiter steigende Inflation ohnehin schon stark belastet ist. E-Autos, die aktuell die einzige wirkliche Alternative zum Verbrennungsmotor sind, haben trotz zahlreicher staatlicher Fördermaßnahmen nach wie vor einen sehr hohen Preis verglichen mit ihrem Verbrenner-Pendant. Mit der Einführung einer Abgabe auf Verbrenner würden in Zukunft ausschließlich hochpreisige Optionen zur Verfügung stehen. Zeitgleich werden erhebliche Steuergelder für unnötige Subventionen ausgegeben, denn die Besitzer von konventionellen Pkw finanzieren die E-Mobilität schon heute mit CO₂-Abgaben und Steuern auf Rekordniveau mit. Dies ist im Übrigen eine Umverteilung von unten nach oben, wie sie von der Politik nicht gewollt sein kann. Darüber hinaus zeigt ein Blick auf den aktuellen Strommix, dass es sich beim E-Auto wahrlich nicht um ein emissionsfreies Auto handelt. Außerdem ist hinlänglich bekannt, dass fortdauernde Subventionen ein Bremsklotz für Innovationen sind.

Große Teile der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum, sind weiterhin auf die Nutzung eines Pkw angewiesen. Viele berufstätige Pendler haben dort überhaupt keine Möglichkeit ein Elektroauto zu laden, da der Ausbau der Ladeinfrastruktur nur sehr schleppend vorangeht. Die Politik darf diese Menschen nicht mit noch größeren finanziellen Belastungen und daraus resultierenden, drohenden Einschränkungen in der Mobilität zurücklassen. Außerdem würde die angedachte Maßnahme viele Menschen dazu bewegen an ihren alten Modellen festzuhalten und nicht in neue, deutlich klimafreundlichere Autos zu investieren.

Zusätzlich spricht sich der MEW für wahre Technologieoffenheit aus. Erfolgreicher Klimaschutz wird nur gelingen, wenn wir alle uns zur Verfügung stehenden Technologien einsetzen. Auch synthetische Kraftstoffe wie E-Fuels könnten hierzu einen großen Beitrag leisten, wie es Biokraftstoffe heute bereits tun. Das Problem ist nicht der Verbrennungsmotor, sondern die fossilen Kraftstoffe,

welche ihn heute antreiben. Investitionen in E-Fuels werden massiv durch gesetzliche Rahmenbedingungen verhindert oder stark verzögert.

Die angedachte Strafgebühr für Verbrenner würde der Investitionsfreude in klimaneutrale Kraftstoffe einen weiteren Schlag versetzen. Dies kann nicht im Sinne einer freien Marktwirtschaft und schon gar nicht im Sinne eines Erreichens der Klimaziele sein.

Zudem wird die Erhöhung einer Beimischung biogener Anteile, die nachweislich klimaneutral sind und aktuell den höchsten Anteil an der Emissionsminderung des Verkehrssektors beitragen, verhindert. Derzeit werden Pläne entwickelt diesen biogenen Anteil in Kraftstoffen noch weiter zu deckeln. Insbesondere Biokraftstoffe der zweiten Generation, jedoch auch solche der ersten Generation, haben jedoch ein großes CO₂-Einsparpotenzial und könnten sofort deutlich stärker zur Erreichung der Klimaziele beitragen.

Wir möchten Sie bitten, unsere Argumente berücksichtigen und freuen uns darauf, mit Ihnen hierzu in den Dialog zu treten.

Der Verband der Mittelständischen Energiewirtschaft (MEW) vertritt als Dachverband die Interessen unabhängiger, mittelständischer Kraft- und Brennstoffimporteure sowie -großhändler, Tanklagerbetreiber und freier Tankstellen in Deutschland. Mit einem Anteil von ca. 85% an dem gewerblich genutzten Tankraum, von ca. 40% bei den importierten Dieselmotorkraftstoff- und Heizöl-Mengen sowie einem Marktanteil von ca. 15% bei Tankstellen nehmen die Mitgliedsunternehmen des MEW und seiner Fachverbände eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Energieversorgung in Deutschland ein.

Berlin, den 27.07.2022